



Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
Association suisse Femmes Féminisme
Recherche

Auszug aus dem

Schattenbericht

Kritische Perspektiven zur Schweizer
Umsetzung der Istanbul Konvention
in Wissenschaft und Forschung

Perspectives critiques sur la mise en
œuvre de la Convention d'Istanbul dans
la science et la recherche en Suisse

Kritische Perspektiven zur Schweizer Umsetzung der Istanbul Konvention in Wissenschaft und Forschung

Perspectives critiques sur la mise en œuvre de la Convention d'Istanbul dans la science et la recherche en Suisse

Herausgeberin • Éditrice

Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
Association suisse Femmes Féminisme
Recherche

Nationaler Vorstand • Comité national

Martina Bundi, Lena Flühmann, Liliane Meyer
Pitton, Katharina Pelzelmayer, Jardena Rotach,
Lea Schlenker, Nina Seiler, Seraina Wepfer

Geschäftsleitung • Direction générale

Jovin Joëlle Barrer, Annina Haab

Geschäftsstelle • Secrétariat

Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
Postfach
CH-3001 Bern
PC 30-37698-6
info@femwiss.ch
www.femwiss.ch

Text • Texte

Martina Bundi

Übersetzung • Traduction

Annina Haab, Liliane Meyer Pitton

Layout • Graphisme

Jovin Joëlle Barrer

Druck • Impression

Diese Broschüre wurde auf 100 % Recycling-
papier in der Druckerei Reitschule in Bern
gedruckt.

Auflage • Tirage

1300 Exemplare • 1300 Exemplaires

Sprache • Langage

Wir verwenden eine möglichst diskriminie-
rungsarme Sprache. Mehr dazu auf:
www.femwiss.ch.

Nous utilisons un langage aussi non discrimina-
toire que possible. Pour en savoir plus :
www.femwiss.ch.

Inhalt • Sommaire

Ausgangslage	2
Unsere Forderungen	3
Unterstützen Sie uns!	12
Situation initiale	7
Notre revendications	8
Soutenez-nous !	12

2017 hat die Schweiz die Istanbul Konvention (IK) ratifiziert. Diese ist rechtlich bindend und verpflichtet die Mitgliedstaaten, gegen jegliche Formen von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt – insbesondere gegen Gewalt an Frauen – vorzugehen. Die Staaten erstellen alle vier Jahre einen Bericht, in dem sie sich selbst evaluieren. Um die Selbstdarstellung des Schweizer Staatenberichts kritisch zu überprüfen, hat ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Institutionen einen Alternativbericht erstellt. FemWiss war dabei für den Vertiefungsbericht zu Wissenschaft und Forschung verantwortlich, der den Inhalt der vorliegenden Broschüre bildet.

Es gibt in der Schweiz aktuell keine Stelle/Plattform, die die Forschung zum Themenbereich der Istanbul Konvention in ihrer Breite (re)präsentiert. Es gibt punktuell staatliche Forschungsförderung im Bereich Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt im Rahmen nationaler Forschungsprogramme (NFP 29, 35, 40, 60) oder im Rahmen einzelner Forschungsprojekte beim Nationalfonds. Diese fassen jedoch meist auf der Initiative einzelner Forschender und sind nicht staatlich initiiert. Aktuell wurden per 2021 Finanzhilfen des Bundes für Projekte der Gewaltprävention ausgeschrieben. Die erste Eingabe war per 31.01.2021 und die zweite Eingabe per 31.08.2021. Diese Finanzhilfen sind für die Forschung allerdings nicht sehr interessant, da sie kein Instrument für Forschungsförderung, sondern für Praxisaktivitäten sind.

Verschiedene Stellen des Bundes widmen sich dem Themenfeld, insbesondere das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), welches auch die Finanzhilfen verwaltet.

Spezifische Ausschreibungen für Forschungsmandate erfolgen in der Regel im Anschluss an Anfragen aus dem Parlament. Aktuelle Beispiele sind dabei Studien zu Entwicklung und Ausmass von sexueller Belästigung in der Schweiz im öffentlichen Raum und am Arbeitsplatz (Postulat Reynard), zu Ursachen von Tötungsdelikten im häuslichen Umfeld (Postulat Graf), zu Bedarf an Schutzplätzen für gewaltbetroffene Mädchen und junge Frauen (Postulat Wasserfallen), zu Screening und innerfamiliärer Gewalt gegen Kinder (Postulat Feri), Stalking (Postulat Feri) und zu Gewalt im Alter (Postulat Glanzmann-Hunkeler). Ausschreibend sind dann auf Bundesebene im Allgemeinen das EBG, das BJ (Bundesamt für Justiz), das BSV (Bundesamt für Sozialversicherungen) und das SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft), in Zusammenarbeit oder einzeln.

Für die Themen, über die «von Amtes wegen» geforscht wird, setzt das Parlament die thematischen Schwerpunkte. Aktuelle Entwicklungen wie die Finanzhilfen und auch die Bezugnahmen auf die Istanbul Konvention in Postulaten legen nahe, dass die Istanbul Konvention zusehends Beachtung findet. Es wird in Bezug auf Vergabestellen von Fördermitteln, wie zum Beispiel dem SNF (Schweizerischer Nationalfonds) noch ein Bedarf festgestellt, dass in internationalen wie nationalen Expert*innenkreisen, die über die Anträge entscheiden, für die Belange und den schweizerischen Kontext im Zusammenhang mit der Istanbul Konvention Sensibilisierungsarbeit geleistet wird.

Häusliche Gewalt und insbesondere Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum wurde in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend wissenschaftlich untersucht. Die-

se Forschungen fokussieren jedoch primär auf Arten der Gewalt und zunehmend auch auf Kosten (Kostenstudien) sowie Evaluationen von Interventionen. In der Schweiz fehlen bisher systematische Prävalenzstudien zu Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt. Wir begrüssen die Pläne des Bundes für regelmässige Studien. Damit diese Studien möglichst aussagekräftig werden, ist ein intersektionaler Ansatz unabdingbar. Noch immer gibt es wenige Studien zu Entwicklung und Ausmass einzelner Gewaltphänomene und qualitative Studien, die sich aus der Betroffenenperspektive oder im Weiteren auch aus der Perspektive der Gesamtgesellschaft (vor dem Hintergrund der Sensibilisierung und den Wechselwirkungen von Normen und Gewalt) auseinandersetzen. Im Speziellen fehlt es noch an Studien, die sich den heterogenen Betroffenenengruppen und Mehrfachdiskriminierungen und -betroffenheiten widmen. Die eingangs geschilderten Entwicklungen sind dahingehend noch zu beobachten und erlauben zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage zu diesen Forschungslücken und deren Bearbeitung.

Wir fordern eine systematische staatlich geförderte Datensammlung auf dem Gebiet aller in den Geltungsbereich dieses Übereinkommens fallenden Formen der Gewalt und eine fortlaufende, gründliche Analyse, damit Kontrolle und Evaluierung von Auswirkungen politischer Massnahmen möglich sind.

Wir fordern, dass Vergabestellen von Förder- und Forschungsmitteln auf die Themen der Istanbul Konvention sensibilisiert sind. Wenn es um die Vergabe von Forschungs-

geldern geht, müssen Förderkriterien zentralisiert gehandhabt und Drittmittelgeber auf die Themen der Istanbul Konvention wie auch auf die Förderung einer intersektionalen Wissensproduktion sensibilisiert werden. Auch Stiftungen müssen für das Thema Gewalt gegen Frauen/häusliche Gewalt sensibilisiert werden, denn diese Themen sind dort oftmals kein Thema.

Wir fordern vom Bund die Finanzierung eines unabhängigen Informations- und Kompetenzzentrums, welches sich im Bereich Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt engagiert. Eine solche Stelle könnte systematisch Wissen sammeln und dieses den Fachkräften zugänglich machen. Sie könnte Anlaufstelle für Fachleute sein und sich im Bereich des Austauschs zwischen Wissenschaft und Praxis Expertise aneignen. Die enge Zusammenarbeit der Wissenschaft mit der Praxis scheint uns enorm wichtig, erkennen doch Praxisfachpersonen oft sehr früh neue Probleme, auf die die Forschung dann gezielt und zeitnah eingehen könnte. Ein solches Kompetenzzentrum sollte von der öffentlichen Hand finanziert, aber unabhängig sein.

Wir fordern die Förderung praxisrelevanter Forschung. Um möglichst praxisrelevante Forschung in Bezug auf gesellschaftsimmanente Hierarchien, und die damit zusammenhängenden Formen von Gewalt betreiben zu können, müssen insbesondere partizipative Formen der Forschung gefördert werden. Das heisst, Forschungsmethoden, welche die Perspektive von Beteiligten und Betroffenen ebenso in die Forschungsprozesse einbeziehen, wie die wissenschaftliche. Solch ko-produktiv angelegte Methoden zielen nicht auf reine

Erkenntnisgewinne ab; sie haben eine doppelte Zielsetzung: Verstehen und Verändern.

Die Vorzüge einer praxisrelevanten Forschung:

- Die Forschungsfragen greifen reale Anliegen aus der Praxis auf.
- Die Beteiligten werden gestärkt und Schäden durch Mitsprache und Kompetenzentwicklung vermieden.
- Forschung ist auch mit scheinbar «schwer erreichbaren» Gruppen möglich.
- Erhebungsinstrumente, Rekrutierung und Verbleibquoten werden verbessert.
- Ergebnisse können kontext- und kultursensibel durch lebensweltliche Expertise und Perspektiv-Verschränkung interpretiert werden.
- Die Ergebnisse haben praktischen Nutzen und Relevanz über das Wissenschaftssystem hinaus.

Wir fordern, dass Forschung im Themenbereich der Istanbul Konvention (und darüber hinaus) folgenden Kriterien entspricht:

- Geschlechtersensibler Zugang (Methodologie / separate Untersuchungen nach Geschlecht / Gewalt gegen FTIQ ist nicht mit Gewalt gegen Männer gleichzusetzen)
- Angemessene Berücksichtigung der Sicht von Betroffenen (partizipative Forschung)
- Ausreichend grosse und diverse Fokusgruppen (Einbezug von z.B Migrant*innen, Asylbewerber*innen)

- Betroffene Massnahmen müssen evaluiert werden
- Forscher*innen resp. Auftragnehmer*innen müssen sich im Themenbereich fundiert auskennen
- Auftragsstudien müssen über genügend Zeit und Finanzen verfügen
- Wissen und Erfahrung der Fachleute und Fachinstitutionen muss einbezogen werden
- Der internationale Forschungsstand, insbesondere der europäische, muss berücksichtigt werden
- Forschung muss unabhängig sein, d.h. keine Selbstevaluation durch Bund oder Kantone
- Die Mehrheitsgesellschaft muss mitberücksichtigt werden; Gewalt als Gesamtgesellschaftsthema
- Intersektionale Perspektiven und das Zusammenspiel von Diskriminierung und Privilegien sind vor dem Hintergrund von Gewaltverhältnissen, Bewältigungsstrategien etc. stärker zu berücksichtigen
- Geschlechtsbezogene Gewalt muss in strukturelle und gesellschaftliche Verhältnisse gesetzt werden
- Eine genuin sozialtheoretische und gesellschaftstheoretische Perspektive ist notwendig: Es braucht Forschungen und Theoriebildung, mit dem Ziel, ausgehend von empirischen Befunden, zu einer integrierenden Gesamtsicht der Gesellschaft und der Gewaltverhältnisse zu gelangen.

- Konkret braucht es:
 - Empirie-begründete Theoriebildung
 - Mehr qualitative Forschung

Wir fordern (mehr) Forschung in folgenden Themenbereichen:

- Betroffenenperspektiven auf Gewalt und Gewaltverhältnisse sowie Bewältigungsstrategien und damit Fragen wie folgende: Wie wird mit Gewalterfahrungen umgegangen? Wie können eigene Grenzen auch als solche wahrgenommen und diese Selbstwahrnehmung der Grenzen bestärkt werden?
- Intersektionale Forschung zu Betroffengruppen in ihrer Vielfalt und Umgangsstrategien eingebettet in Macht- und Herrschaftsverhältnisse
- Psychische Auswirkungen auf Frauen, die (häusliche) Gewalt erfahren haben
- Asylwesen, Sicherheit in Asylzentren, Zugang zu Angeboten (insbesondere auch juristische Hürden, z.B. Opferhilfe, Zugang zu Bedenkzeit für Asylsuchende, etc.)
- Care Ökonomie
- Sexualisierte Gewalt in verschiedenen Kontexten wie z.B. im Wissenschaftsbetrieb
- Analyse verschiedener Unterstützungsangebote für Frauen, die Gewalt erfahren haben, zum Beispiel Frauenhäuser, Beratungsgespräche vor Ort, am Telefon oder per Chat etc.

- Bedingungen von Veränderungen bei Männern, die Gewalt ausüben
- Evaluation zu Behörden, Gerichten, Programmen zum Thema Männer, die Gewalt ausüben und die Möglichkeiten, sie zur Verantwortung zu ziehen.

Wir fordern die Förderung einer intersektionalen Wissensproduktion. Hierfür müssen vorab die Strukturen von Universitäten und Fachhochschulen so korrigiert werden, dass die intersektionale Perspektive integraler Bestandteil der gesamten Hochschulpolitik und insbesondere der Personalpolitik ist. Dazu braucht es Untersuchungen, die zeigen, wie die Diskriminierungsmechanismen und ihre Verschränkungen funktionieren, damit wirksame und verbindliche Konzepte erarbeitet werden können. Nur so wird es gelingen, inklusive diskriminierungsfreie Kompetenzen in allen Funktionen zu verankern. Im Hinblick auf die Gleichstellung sowie den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt, ist insbesondere die interdisziplinäre Geschlechterforschung eine wichtige Akteurin. Die interdisziplinäre Geschlechterforschung wirft einen kritischen Blick auf die universitäre Wissensproduktion und leistet durch ihre Analyse von kulturellen, medialen, sozialen, historischen und politischen Phänomenen einen wesentlichen Beitrag zur Evaluation von gesellschaftspolitischem Handlungsbedarf. Als Ort der intersektionalen Forschung, für Forschung also, die Geschlecht in Bezug auf unterschiedliche Ungleichheitsdimensionen in den Blick nimmt,

bietet sie ein Erkenntnispotential, welches wir als Gesellschaft (an)erkennen, fördern und nutzen müssen.

Wir fordern die Abschaffung geschlechtsspezifischer Karrierehindernisse und im Endeffekt eine angemessene Vertretung von Frauen und BIPoC in der Forschung. Die Schweizer Forschungslandschaft braucht eine Scientific Community, die unsere heterogene Gesellschaft spiegelt. Für eine kohärente Strategieumsetzung im Bereich Chancengerechtigkeit und Gleichstellung braucht es ein koordiniertes Vorgehen sowie verbindliche diskriminierungssensible Mindestkriterien, welche an allen Universitäten und Hochschulen gleichermaßen gelten. Werden diese Kriterien nicht erfüllt, muss dies sanktioniert werden. Ausserdem muss der horizontalen wie auch der vertikalen Segregation vehement entgegengewirkt werden. Bezüglich vertikaler Segregation heisst das konkret:

- Frauenförderung ist nach wie vor in allen Fachgebieten nötig, ausserdem braucht es fächerspezifische Gleichstellungsmassnahmen und -gefässe.
- Bezüglich vertikaler Segregation müssen Karrierewege von hochqualifizierten Frauen und von Müttern im Besonderen von geschlechtsspezifischen Hindernissen befreit werden. Konkret heisst das:
 - Einrichtung einer substanziellen Anzahl von Assistenzprofessuren an Schweizer Universitäten (inkl. ETH) mit Option auf unbefristete Anstellung für eine bessere Planbarkeit von universitären Karrieren
 - Neuorganisation des Doktorat-Studiums durch systematische Mehrfach-

betreuung, längere Forschungszeit, flexiblere Anstellungsformate und angemessenere Entlohnung

- Generell mehr Unterstützungs- und Entlastungsmassnahmen auf Seiten der Institutionen, um Forschende mit Care Verantwortung zu fördern. Beispielsweise: die Bereitstellung von flexiblen Förder- und Entlastungsinstrumenten wie Teilzeitprofessuren (für ALLE!), keine karriererelevanten Veranstaltungen und Sitzungen ab 17:00 Uhr oder die Finanzierung von Hilfskräften und zusätzlicher Kinderbetreuung
- Daten, die intersektionale Analysen und Erkenntnisse ermöglichen, müssen für alle Karrierestufen erhoben und veröffentlicht werden und die Vergleichbarkeit muss gegeben sein. Durch regelmässiges Controlling müssen die gesteckten Gleichstellungsziele ausgewertet, die Problemstellungen analysiert und das darin enthaltene Lösungspotential ausgeschöpft werden.

En 2017, la Suisse a ratifié la Convention d'Istanbul. Elle est juridiquement contraignante et oblige les États membres à prendre des mesures contre toutes les formes de violence domestique et la violence liée au genre, en particulier la violence contre les femmes. Tous les quatre ans, les États établissent un rapport dans lequel ils s'auto-évaluent. Afin d'examiner de manière critique l'autoreprésentation du rapport étatique de la Suisse, une large alliance d'institutions de la société civile a préparé un rapport alternatif parallèle. FemWiss était responsable du sous-rapport sur la science et la recherche, qui constitue le contenu de cette brochure.

Il n'existe actuellement aucun organe ou plateforme en Suisse, qui (re)présente l'ampleur de la recherche sur le champ thématique de la Convention d'Istanbul. Il existe un financement gouvernemental ponctuel de la recherche dans le domaine de la violence à l'égard des femmes et de la violence domestique dans le cadre des programmes nationaux de recherche (PNR 29, 35, 40, 60) ou dans le cadre de projets de recherche particuliers au Fonds national. Cependant, elles sont généralement fondées sur l'initiative de chercheur·e·s individuel·le·s et ne sont pas initiées par l'État. Actuellement, l'aide financière fédérale pour les projets de prévention de la violence a été annoncée pour 2021. Le premier appel à propositions a été lancé le 31.01.2021 et le deuxième le 31.08.2021. Toutefois, ces subventions ne sont pas très intéressantes pour la recherche, car elles ne constituent pas un instrument de financement de la recherche mais visent plutôt des projets d'interventions pratiques.

Plusieurs offices fédéraux se consacrent à la thématique, notamment le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG), qui gère également les aides financières.

Des appels à propositions spécifiques pour les mandats de recherche sont généralement lancés à la suite d'initiatives parlementaires. Parmi les exemples actuels, citons les études sur l'évolution et l'ampleur du harcèlement sexuel en Suisse dans la sphère publique et sur le lieu de travail (postulat Reynard), sur les causes des homicides dans la sphère domestique (postulat Graf), sur le besoin de refuges pour les filles et les jeunes femmes confrontées à la violence (postulat Wasserfallen), sur le dépistage et la violence intrafamiliale contre les enfants (postulat Feri), le stalking (postulat Feri) et la violence dans la vieillesse (postulat Glanzmann-Hunkeler).

Chargés de lancer les appels d'offres au niveau fédéral sont généralement Le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG), l'Office fédéral de la justice (OFJ), l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) et le Secrétariat d'État à l'économie (SECO), en collaboration ou individuellement.

Pour les sujets qui font l'objet de recherches « ex officio », le Parlement fixe les priorités thématiques. Les développements actuels tels que les subventions et les références à la Convention d'Istanbul dans les postulats suggèrent que la Convention d'Istanbul est de plus en plus prise en compte. En ce qui concerne les agences de financement telles que le FNS (Fonds national suisse de la recherche scientifique), il est encore nécessaire de sensibiliser les expert·e·s au niveau international et national, qui évaluent les demandes, aux préoccupations et au contexte suisse en rapport avec la Convention d'Istanbul.

Le nombre d'études scientifiques sur la violence domestique, et en particulier sur la violence contre les femmes dans leur milieu social proche, a augmenté au cours des

dernières décennies. Toutefois, ces recherches se concentrent principalement sur les types de violence et, de plus en plus, sur les coûts (études de coûts) et les évaluations des interventions. En Suisse, on manque d'études de prévalence systématiques sur la violence à l'égard des femmes et la violence domestique. Nous soutenons les intentions du gouvernement fédéral d'effectuer des études régulières. Pour que ces études soient aussi significatives que possible, une approche intersectionnelle est indispensable. En outre il existe encore peu d'études sur l'évolution et l'ampleur de phénomènes spécifiques de violence et d'études qualitatives qui, par exemple, traitent de la violence du point de vue des personnes concernées ou, plus largement, du point de vue de la société dans son entier (dans le contexte de la sensibilisation et de l'interaction des normes et de la violence). En particulier, il y a encore un manque d'études consacrées aux groupes hétérogènes de personnes concernées par la violence et les discriminations multiples. Les développements mentionnés au début du paragraphe sont à suivre et ne permettent pas, à l'heure actuelle, de se prononcer le traitement de ces lacunes de la recherche.

Nous revendiquons la collecte systématique de données, financé par l'État, dans le domaine de toutes les formes de violence entrant dans le champ d'application de cette convention et une analyse continue et approfondie pour permettre le suivi et l'évaluation de l'impact des mesures politiques

Nous revendiquons que les agences de financement et d'encouragement de la re-

cherche soient sensibilisées aux thématiques de la Convention d'Istanbul. Lorsqu'il s'agit d'allouer des fonds de recherche, les critères de financement doivent être traités de manière centralisée et les bailleurs de fonds tiers doivent être sensibilisés aux questions de la Convention d'Istanbul ainsi qu'à la promotion de la production de connaissances intersectionnelles. Les fondations doivent également être sensibilisées à la question de la violence à l'égard des femmes/de la violence domestique, car ces questions n'y sont souvent pas abordées.

Nous revendiquons que le gouvernement fédéral finance un centre d'information et de compétence indépendant qui s'engage dans le domaine de la violence contre les femmes et de la violence domestique. Un tel centre pourrait rassembler les connaissances de manière systématique et les mettre à disposition des professionnel-le-x-s. Il pourrait être un point de contact pour les professionnel-le-x-s et acquérir une expertise dans le domaine de l'échange entre la science et la pratique. Une coopération proche entre la science et la pratique nous semble extrêmement importante, car les professionnel-le-x-s du terrain reconnaissent souvent très tôt des nouvelles problématiques, que la recherche pourrait alors aborder de manière ciblée et rapide. Un tel centre de compétences devrait être financé par des fonds publics, tout en restant indépendant.

Nous revendiquons la promotion d'une recherche pertinente pour la pratique. Afin de pouvoir mener des recherches aussi pertinentes que possible pour la pratique en ce qui concerne les hiérarchies immanentes à la société et les formes de violence qui y

sont associées, il faut notamment promouvoir les formes participatives de recherche. Cela signifie que les méthodes de recherche combinent le point de vue des personnes impliquées et affectées avec la perspective scientifique. Ces méthodes co-productives ne visent pas seulement à acquérir des connaissances, elles ont un double objectif : compréhension et changement.

Les avantages d'une recherche pertinente pour la pratique:

- Les questions de recherche répondent à des préoccupations réelles issues de la pratique.
- Les personnes concernées sont soutenues et des effets négatifs sont évités grâce au développement de la voix et des compétences.
- La recherche est également possible avec des groupes apparemment « difficiles à atteindre ».
- Les instruments d'enquête, les taux de recrutement et de rétention sont améliorés.
- Les résultats peuvent être interprétés en tenant compte des spécificités contextuelles et culturelles grâce à l'expertise quotidienne et à l'entrelacement des perspectives.
- Les résultats ont une valeur pratique et une pertinence au-delà du système scientifique.

Nous revendiquons que la recherche dans le domaine thématique de la Convention d'Istanbul (et au-delà) réponde aux critères suivants :

- Approche sensible au genre (méthodologie / études séparées par genre / la violence contre les FTIQ ne doit pas être assimilée à la violence contre les hommes)
- Prise en compte adéquate du point de vue des personnes concernées
- Groupes d'étude suffisamment nombreux et diversifiés (y compris, par exemple, les personnes migrantes, les requérant-e-x-s d'asile)
- Les mesures prises doivent être évaluées
- Les chercheur-euse-s ou les mandataires doivent avoir des connaissances approfondies du domaine concerné.
- Les études commandées doivent disposer de temps et de moyens financiers suffisants.
- Les connaissances et l'expérience des expert-e-x-s et des institutions spécialisées doivent être incluses.
- L'état de la recherche internationale, notamment européenne, doit être pris en compte.
- La recherche doit être indépendante, c'est-à-dire pas d'auto-évaluation par la Confédération ou les cantons.
- La société majoritaire doit être prise en compte ; la violence doit être traitée en tant que thème sociétal
- Les perspectives intersectionnelles et les interactions entre discriminations et privilèges sont à prendre en compte de manière accrue avec en toile de fond les rapports de violences, les stratégies pour y faire face, etc.
- La violence sexiste doit être considérée

dans le cadre des rapports structurels et sociaux.

- Une véritable perspective théorique sociale et sociétale est nécessaire : il faut mener des recherches et élaborer des théories dans le but de parvenir à une vision globale intégrée de la société et des rapports de violence, sur la base de résultats empiriques. Concrètement, il faut :
 - L'élaboration de théories fondées sur des données empiriques
 - Plus de recherches qualitatives

Nous revendiquons (davantage) de recherches dans les domaines suivants :

- Les perspectives des personnes concernées sur la violence et les conditions de violence ainsi que leurs stratégies d'adaptation et donc des questions telles que : Comment les personnes font-elles face aux expériences de violence ? Comment les limites personnelles peuvent être appréhendées et comment encourager cette perception personnelle des limites ?
- Recherche intersectionnelle sur les groupes affectés dans leur diversité et leurs stratégies d'adaptation inscrites dans des rapports de pouvoir et de domination
- Effets psychologiques sur les femmes ayant subi des violences (domestiques)
- Domaine de l'asile, sécurité dans les centres d'asile, accès aux services (notamment les obstacles juridiques, p.ex. L'aide-aux-victimes, l'accès au délai de réflexion pour les requérant-e-x-s d'asile, etc.)
- Économie du care

- La violence sexualisée dans différents contextes, par exemple dans le monde scientifique
- Analyse des différents services de soutien aux femmes ayant subi des violences : hébergement d'urgence pour femmes, consultations en direct, par téléphone, en ligne, par chat, etc.
- Conditions de changement pour les hommes auteurs de violences
- Évaluation des autorités, des tribunaux, des programmes sur le thème des hommes auteurs de violences et des possibilités de les tenir pour responsables.

Nous revendiquons la promotion de la production de connaissances intersectionnelles. Pour cela, il est nécessaire de corriger les structures des universités et des hautes écoles spécialisées de manière à ce que la perspective intersectionnelle fasse partie intégrale de l'ensemble de la politique universitaire et notamment de la politique du personnel. Cela nécessite des recherches qui montrent le fonctionnement des mécanismes de discrimination et leurs enchevêtrements, afin de pouvoir élaborer des concepts efficaces et contraignants. Ce n'est que de cette manière qu'il sera possible d'ancrer des compétences inclusives et non discriminatoires dans toutes les fonctions. En ce qui concerne l'égalité des genres et la lutte contre la violence sexiste, la recherche interdisciplinaire sur le genre est une actrice importante. Les études interdisciplinaires sur le genre jettent un regard critique sur la production de connaissances universitaires et, grâce à leur analyse des

phénomènes culturels, médiatiques, sociaux, historiques et politiques, apportent une contribution essentielle à l'évaluation de la nécessité d'une action sociopolitique. En tant que lieu de recherche intersectionnelle, c'est-à-dire de recherche qui examine le genre en relation avec différentes dimensions de l'inégalité, les études interdisciplinaires sur le genre offrent un potentiel de connaissances que nous devons reconnaître, promouvoir et utiliser en tant que société.

Nous revendiquons l'abolition des obstacles à la carrière liés au genre et, en fin de compte, une représentation adéquate des femmes et des personnes racisées dans la recherche. Le paysage de la recherche suisse a besoin d'une communauté scientifique qui reflète notre société hétérogène. Pour une réalisation cohérente de la stratégie dans le domaine de l'égalité des chances et de l'égalité des genres, une approche coordonnée est nécessaire, ainsi que des critères minimaux contraignants et sensibles à la discrimination qui s'appliquent de manière identique à toutes les universités et à tous les établissements d'enseignement supérieur. Si ces critères ne sont pas respectés, cela doit être sanctionné. En outre, la ségrégation tant horizontale que verticale doit être combattue avec vigueur. En ce qui concerne la ségrégation verticale, cela signifie concrètement :

- La promotion des femmes reste nécessaire dans toutes les disciplines, et il est également nécessaire de mettre en place des mesures d'égalité entre les genres spécifiques à chaque discipline.
- Les parcours professionnels des femmes hautement qualifiées, et des mères en particulier, doivent être libérés des

obstacles liés au genre. En termes concrets, cela signifie :

- Création d'un nombre substantiel de postes de professeur-e-x-s assistant-e-s dans les universités suisses (y compris les EPF) avec possibilité d'emploi permanent pour une meilleure planification des carrières universitaires.
- Réorganisation des études de doctorat par une supervision multiple systématique, des périodes de recherche plus longues, des formats d'emploi plus flexibles et une rémunération plus appropriée
- En général, davantage de mesures de soutien et d'allègement des charges de la part des institutions pour encourager les chercheur-e-x-s ayant des responsabilités de soins. Par exemple : la mise à disposition d'instruments de soutien et d'allègement flexibles tels que des postes de professeur-e-x-s à temps partiel (pour TOUSTES!), l'interdiction d'organiser des événements et des réunions déterminantes pour la carrière après 17 h ou le financement de personnel de soutien et de gardes d'enfants supplémentaires.
- Afin de permettre des analyses et des conclusions intersectionnelles, des données concernant tous les niveaux de carrière doivent être collectées et publiées, la comparabilité doit être assurée. Les objectifs fixés en matière d'égalité entre les genres doivent être évalués de manière régulière, les problèmes analysés et le potentiel de solutions qu'ils contiennent exploitées.

Le rapport alternatif complet est disponible sur femwiss.ch. Comme le rapport officiel de la Confédération suisse, il a été soumis au groupe d'expert·e·x·s indépendant·e·x·s « GREVIO », qui surveille la mise en œuvre de la Convention d'Istanbul au niveau international. Au printemps 2022, le GREVIO évaluera les deux rapports lors d'une première visite en Suisse.

*Den kompletten Schattenbericht finden Sie unter anderem auf femwiss.ch. Der Alternativbericht wurde – gleich wie der Staatenbericht – bei der unabhängigen Expert*innengruppe «GREVIO» eingereicht, welche die Umsetzung der Istanbul Konvention international überwacht. Im Frühling 2022 wird GREVIO die beiden Berichte durch einen ersten Besuch in der Schweiz evaluieren.*

Soutenez-nous !

Pour que nous puissions continuer à fonctionner en tant qu'association et servir de plateforme pour la recherche féministe, nous avons besoin de votre soutien !

- Inscrivez-vous en tant que membre sur femwiss.ch
- Recommandez FemWiss à vos ami·e·x·s et proposez-leur de devenir membres.
- Abonnez-vous à FemInfo, notre magazine féministe à caractère scientifique
- Soutenez-nous par un don (compte PC 30-37698-6)
- Contactez info@femwiss.ch pour acheter la parution de votre annonce dans le prochain FemInfo

Unterstützen Sie uns!

Damit wir als Verein weiterhin bestehen und als Plattform für feministische Wissenschaft agieren können, brauchen wir Ihre Unterstützung!

- Registrieren Sie sich als Mitglied unter femwiss.ch
- Erzählen Sie Ihrem Umfeld von FemWiss und empfehlen Sie Ihren Freund*innen, Mitglied zu werden
- Abonnieren Sie das FemInfo, unsere feministische Zeitschrift mit wissenschaftlichem Blick
- Unterstützen Sie uns mit einer Geldspende (PC-Konto 30-37698-6)
- Kontaktieren Sie uns unter info@femwiss.ch, um ein Inserat im nächsten FemInfo zu erwerben



Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
Association suisse Femmes Féminisme Recherche
Postfach · CH-3001 Bern
www.femwiss.ch · info@femwiss.ch